

kein guter Forscher mehr sein.“ Dazu seien die Anforderungen zu komplex.

Ein dritter wesentlicher Kritikpunkt des Wissenschaftsrates ist die Nachwuchsförderung. „Die derzeitigen Betreuungsverhältnisse sind unerträglich“, sagt Einhüpl. In „kleinen und feinen“ Einheiten müsse der Nachwuchs gefördert werden. Dazu gehört nach Ansicht des Wissenschaftsrates und der DFG auch die Einrichtung von Graduierten- und Postgraduiertenschulen.

Mit der Nachwuchsförderung beschäftigte sich auch die diesjährige Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 3. Mai in Berlin. „Wir brauchen Strukturen für die individuelle Förderung von begabten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die die deutschen Hochschulen im internationalen Werben um hoch begabte junge Leute attraktiver machen“, erklärte Prof. Dr. med. Peter Gaethgens. Bisher böten die Hochschulen dem akademischen Nachwuchs zu wenig Perspektiven. Der Vorsitzende der HRK schlug daher ebenfalls die Einrichtung von Kollegs und Graduiertenschulen, die eigenständige Auswahl der Studierenden und Promovierenden durch die Hochschulen sowie eine verstärkte Schaffung von Qualifizierungsstellen vor. Dabei appellierte er an den Gesetzgeber und die Länder, den Hochschulen mehr Autonomie zuzugestehen und die Ausgaben für Bildung und Forschung zu erhöhen oder zumindest die Hochschuletats nicht weiter abzusenken.

Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte sich am 3. Mai aufgeschlossen gegenüber den Forderungen, wurde aber wenig konkret. Die Schaffung bestmöglicher Bedingungen für Forschung und Lehre sei eine „nationale Aufgabe“, sagte er.

Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn lobte indes die Forschungspolitik der Bundesregierung. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei von 2,31 Prozent im Jahr 1998 auf aktuell 2,52 Prozent gewachsen. „Wir wollen bis 2010 einen Anteil von drei Prozent am BIP erreichen“, betonte die Ministerin jüngst bei der Vorstellung des Bundesforschungsberichts 2004. Dr. med. Eva A. Richter-Kuhlmann

Charité

Trotz Sparzwängen zu Weltruhm

Die gute alte Charité wird generalüberholt. Bald schon soll das größte Universitätsklinikum Europas wieder zu den Top-Adressen zählen. Viele Beschäftigte sind noch skeptisch.

Gerade einmal sechs Jahre Zeit hat sich Prof. Dr. med. Detlev Ganten, neuer Vorstandsvorsitzender der Charité – Universitätsmedizin Berlin, gegeben, um sein Klinikum wieder zu Weltruhm zu führen: „Zur 300-Jahr-Feier steht die Charité wieder im Glanze wie früher.“ 1710 gegründet und 1910 zu ihrer 200-Jahr-Feier ein *Weltzentrum der Medizin*, soll die Charité, das mittlerweile größte Universitätsklinikum Europas, 2010 wieder zu den Top-Universitäten gehören. Insbesondere unter dem breiten Begriff der Lebenswissenschaften und der evolutionären Medizin will Ganten in Berlin ein Zentrum der Genomforschung etablieren.

Damit hat der neue Vorstandschef eine wahre Herkulesaufgabe vor sich, gilt es doch, zwei große Medizinfakultäten so miteinander zu verschmelzen, dass einerseits die Ausgaben drastisch gesenkt werden, aber gleichzeitig ein Spitzenklinikum entsteht. Am 16. Februar, etwa ein Jahr nach der Fusion der Charité mit den Standorten Berlin-Mitte, Virchow-Wedding und Buch sowie dem Universitätsklinikum Benjamin Franklin (UKBF), Steglitz, übernahm der 63-jährige Molekularwissenschaftler Ganten diese neue Aufgabe.

Der Start des vereinten Großklinikums stand zunächst unter keinem guten Stern. Denn beide Kliniken wären lieber für sich geblieben. Hefig hatten vor zwei Jahren die Mitarbeiter des UKBF gegen die Spar-

pläne des Berliner Senats und die Schließung ihres Klinikums protestiert (DÄ, Heft 4/2002). Allein auf die Medizinische Fakultät der Humboldt-Universität (Charité) sollte sich die universitäre Forschung und Lehre in der Medizin in Berlin beschränken – so stand es im Koalitionsvertrag zwischen Berliner SPD und der PDS. Eine eigens eingesetzte Expertenkommission und der Wissenschaftsrat empfahlen hingegen eine vollständige Vereinigung der Berliner Hochschulmedizin unter einem gemeinsamen Vorstand für Forschung, Lehre und Krankenversorgung. Die Politik ging schließlich darauf ein. Zwar konnte so die vollständige Abwicklung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin verhindert werden, doch auch die Zusammenlegung war nicht das, was sich die Mitarbeiter des UKBF gewünscht hatten.

Ein Jahr nach der Fusion hat sich bei den Beschäftigten noch immer kein Zusammengehörigkeitsgefühl eingestellt, zumal die finanzielle Situation des Klinik-Giganten alles andere als rosig aussieht. „Durch Zwangsfusion in die Pleite“ stand auf einem Transparent, als Vorstandschef Ganten vor wenigen Wochen in einem Hörsaal der Charité bei einer Personalversammlung seinen Mitarbeitern Mut zusprach. So katastrophal sei die Lage nicht, beteuerte der Vorstandsvorsitzende. Mit einem Gesamtbudget von mehr als einer Milliarde Euro



Prof. Dr. med. Detlev Ganten, neuer Vorstandsvorsitzender der Charité – Universitätsmedizin Berlin: Bis 2010 steht die Charité wieder im Glanze wie früher.

foto privat

jährlich könne das Universitätsklinikum Fehlbeträge verkraften.

Gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt analysierte Ganten die wirtschaftliche Situation des fusionierten Klinikums. „Umstrukturierung“ sei der Schlüssel zum Erfolg, erklärte Ganten, der auch Gründungsdirektor des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin in Berlin-Buch war. Mit der Zusammenlegung der vier Campi fange die Arbeit erst richtig an. So müsse als Erstes die Informationstechnik zusammengelegt werden. Es sei notwendig, die Standorte untereinander zu vernetzen, um eine patientenfreundliche integrierte Versorgung von der Aufnahme bis zur Entlassung effizient und elektronisch zu ermöglichen. Für eine kostengünstige Umsetzung könne man beispielsweise in Form einer privat-öffentlichen Partnerschaft mit Unternehmen der Informationstechnologie zusammenarbeiten. Diese könnten die Einrichtungen der Charité quasi als „Versuchslabore“ nutzen.

Mit solch unkonventionellen Lösungen hofft Ganten Millionenausgaben zu vermeiden. Geld, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird. So hatte das Klinikum 2003 mehr als 50 Millionen Euro an Bilanzverlusten zu verzeichnen. Weil die Sparvorgaben des chronisch klammen Berliner Senats ohnehin Einschnitte in Höhe von 98 Millionen Euro vorsahen, muss die Charité bis 2010 rund 150 Millionen Euro einsparen.

Besondere Bedeutung kam deshalb den Budget-Verhandlungen zwischen der Charité und den Berliner Krankenkassen zu. Diese sind kürzlich gescheitert. Zeitungsberichten zufolge wollte die Charité rund 25 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die Kassen legten sich quer. Dem Vernehmen nach war man sich auch über die Dauer der Budget-Vereinbarung uneins. Während die Krankenkassen eine Festschreibung bis 2007 anstrebten, wollte die Charité lediglich ein Jahresbudget vereinbaren. Am 1. Juli entscheidet nun das Schiedsamt, das mit Vertretern von Kliniken und Kassen besetzt ist.

Auch wenn das Gremium den Forderungen des Klinikums nachkäme, wäre für die Optimierung des laufenden Betriebs und den hoch gesteckten Zielen in Sachen Forschung ein Investitions-



Charité – Universitätsmedizin Berlin, hier das Bettenhochhaus in Berlin-Mitte

volumen in dreistelliger Millionenhöhe notwendig. Weil man das Geld schlichtweg nicht hat und auch vom Land allenfalls Spar-Vorgaben statt zusätzliche Mittel zu erwarten sind, will die Klinikleitung Personalabbau und sogar Standortschließungen nicht ausschließen.

Allerdings stellte Ganten jüngst bei einer Personalversammlung klar: „Ich bin nicht angetreten, um betriebsbedingt zu kündigen.“ Im ärztlichen und wissenschaftlichen Bereich sieht er gar keinen Spielraum für Personalabbau. Ganten: „Schließlich sind Forschen und Heilen die Hauptaufgaben einer Universitätsklinik.“

Zu spürbaren Einschnitten – auch für Ärzte – kam es dennoch. So beschloss der Vorstand der Charité bereits zum 1. April 2004 Gehaltsänderungen für Neueinstellungen. Seither beträgt die Wochenarbeitszeit für neue Arbeitnehmer einheitlich 40 Stunden, Urlaubs- und Weihnachtsgeld entfallen. Das Einstiegsgehalt wird weiterhin nach Bundesangestellten-Tarif gezahlt, jedoch als Festsumme, ohne

automatische Steigerung. Für die neuen Arbeitnehmer dürfte sich der Einkommensunterschied zu den Altverträgern im Schnitt auf etwa acht Prozent des Bruttolohns belaufen. Im Jahr 2004 würden durch die neuen Gehaltsabschlüsse nach Angaben des Vorstandes mindestens 500 000 Euro gespart, im Jahr 2005 mindestens eine Million Euro. Der Personalratsvorsitzende Ingo Zeplin sieht in den Einschnitten für Neueinstellungen bereits einen Vorboten des anstehenden neuen Haustarifvertrages, der dann alle Beschäftigten betrifft. Entsprechend frustriert sei die Belegschaft. Etliche hätten bereits „innerlich gekündigt“, sagte Zeplin gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt. Für die anstehenden neuen Aufgaben ließen sich die Beschäftigten so nicht motivieren.

Wohl auch deshalb will Charité-Chef Ganten neue Finanzquellen erschließen

und die Zusammenarbeit mit privaten Investoren intensivieren. So könne er sich im Zusammenhang mit der Klinik einen hotelähnlichen Betrieb für Patienten vorstellen. Schließlich müsse nicht jeder Patient für die gesamte Zeit seines Aufenthaltes in einem Universitätsbett liegen. Zusätzlich hofft der Charité-Vorstand auf die angekündigte Innovationsoffensive des Bundes zur Förderung von Elite-Universitäten und einzelnen herausragenden Fakultäten. Genüge all dies jedoch nicht, will Ganten auch eine Teilprivatisierung des Klinikums als „Notlösung“ nicht ausschließen. Sollte die Charité künftig nicht wirtschaftlich arbeiten, komme man „ohne privates Kapital nicht aus“.

Auch wenn noch unklar ist, wie das Ziel erreicht werden kann, Ganten ist sich schon heute sicher: „Die Charité muss in der Krankenversorgung so gut sein, dass die Patienten von überall kommen, um hier geheilt zu werden.“

Samir Rabbata, Dr. med. Eva Richter-Kuhlmann